

ANTRAG

in beschlossener Fassung

Antragstellern: Mati Randow

Co-Antragstellerin: Katharina Seifert-Prenn

Für eine zeitgemäße Preispolitik im öffentlichen Verkehr

Im September gab die SPÖ in der Wiener Stadtregierung bekannt, bei der Preisgestaltung im öffentlichen Verkehr ab 2026 erhebliche Änderungen vornehmen zu wollen. Die meiste Aufmerksamkeit erregte dabei die Abschaffung des 365-Euro-Tickets als solches. Jahrelang wurde es als preislich stabiles, soziales Vorzeigeprojekt einer modernen Metropole beworben. Nun soll es plötzlich um 102 Euro teurer und der Preis künftig jedes Jahr weiter erhöht werden - eine völlige Abkehr vom bisherigen Prinzip. Auch die Verteuerung der ermäßigten Jahreskarte (+ 43% für Studierende) und der Jahreskarte mit monatlicher Abbuchung (bis zu 506,40 Euro) sorgten für Kritik, treffen sie doch gerade jene Menschen, die ohnehin unter der Inflation leiden und sich eigentlich auf die Sozialdemokratie verlassen können sollten.

Die Entscheidung wurde von wenigen Funktionär:innen getroffen und als ökonomisch alternativlos dargestellt. Doch gerade die vielen Reaktionen machten für uns einmal mehr klar: Die Frage, wie die Preise im Verkehr gestaltet werden, ist keine ökonomische, sondern eine hochpolitische Frage und bedarf einer breiten, auch innerparteilichen Diskussion. Dieser Antrag soll eine solche ganzheitliche Diskussion nachträglich ermöglichen. Unsere Position darin ist die folgende:

- Die Zukunft des Wiener Stadtverkehrs liegt in öffentlichen Verkehrsmitteln, im Radfahren und Zufußgehen. Das steht in Einklang mit dem in der Smart City Strategie selbst gesetzten Ziel, den Anteil des motorisierten Individualverkehrs bis 2035 auf 15% zu senken. Verkehrspolitische Maßnahmen müssen dazu führen, dass möglichst viele Menschen die Öffis oder klimafreundlichen Individualverkehr nutzen.
- Die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs ist grundsätzlich auf neue Beine zu stellen und sollte finanziell stabil, sozial- und klimagerecht sein. Ständige Preiserhöhungen für Öffi-Nutzer:innen sind dabei kein probates Mittel. Vielmehr sollen jene, die den durch platzsparende Öffis, Rad- und Fußwege entstandenen freien Platz auf den Straßen nutzen, einen größeren Beitrag leisten.
- In Anbetracht der Budgetknappheit auf der einen und der fortschreitenden Erderhitzung auf der anderen Seite muss es zu einer deutlichen Erhöhung der Parkgebühren kommen. Es ist nicht vertretbar, dass klimaschädliche Autos einen großen Teil des öffentlichen Raums einnehmen und das Parkpickerl weniger kostet als ein Netflix-Abo - Stichwort Kostenwahrheit.

Wir freuen uns auf eine angeregte Diskussion. Für eine zeitgemäße Preispolitik im öffentlichen Verkehr!



Die Konferenz der Sektion 8 der SPÖ Alsergrund möge beschließen:

1. Das Parkpickerl in Wien soll nur noch in Verbindung mit einer Öffi-Jahreskarte erworben werden können. Dafür muss beim Parkpickerl-Kauf der Besitz einer gültigen Jahreskarte (Wiener Linien/ VOR/ Klimaticket) nachgewiesen werden.
2. Es soll ein Konzept erarbeitet werden, das den Parkpickerl-Preis ua. von der Größe des Autos abhängig macht. Das Grundprinzip: Je größer und je mehr, desto teurer.
3. Der Grundpreis für das Parkpickerl soll auf mindestens 20 Euro monatlich erhöht und alle fünf Jahre automatisch an die Inflation angepasst werden. Das entspricht 1 Euro fürs Parken pro Werktag.
4. Die Wiener Linien Jahreskarte soll als sozial- und klimapolitisches Vorzeigeprojekt beibehalten werden und weiterhin 365 Euro im Jahr kosten. Die konsequente Beibehaltung dieses symbolischen Preises soll niederschwellig einen möglichst großen Teil der Bevölkerung für die regelmäßige Öffi-Nutzung gewinnen.
5. Der Preis für die ermäßigte Wiener Linien Jahreskarte soll bei 200 Euro angesetzt und langfristig gehalten werden.
6. Zur Attraktivierung der Öffis sollten günstige Einzelfahrtscheine angedacht werden.
7. Das Job-Ticket - also die Übernahme der Kosten für eine Öffi-Jahreskarte durch den Arbeitgeber - soll stärker beworben und gefördert werden.

Dieser Antrag wurde von der Konferenz der Sektion 8 am 11.10.2025 beschlossen und der Bezirkskonferenz der SPÖ Alsergrund zugewiesen.